

Zeser's Brief
Reaktivierung: BZ
„jammervolles“ 09.
Ergebnis“ JAN
2021

Zu unserem Bericht über eine Stellungnahme von Verkehrsminister Dr. Bernd Althusmann („Minister weist Vorwurf zurück“, BZ vom 7. Januar) erreichte uns ein Leserbrief vom SPD-Fraktionschef im Kreistag, Bernd Wölbern.

Es ist schon einigermaßen schwach, was Herr Dr. Althusmann als Erwiderung auf die Sachkritik von Herrn Dr. Konukiewicz einfällt. Schlimmer noch: Wer so aufheult, muss offenbar getroffen worden sein. Dabei scheint das wichtigste Argument zu sein, dass die geforderten Untersuchungen aus Steuermitteln bezahlt würden. Ja und? Diesen klugen Hinweis sollte Verkehrsminister Althusmann mal seinem Amtskollegen im Bund zukommen lassen, der wissentlich und vorsätzlich über 500 Millionen Euro Steuergelder für sein Maut-Desaster versemelt hat.

Bei der ganzen Erwiderung von Herrn Althusmann wurden die Kritikpunkte im Übrigen inhaltlich nicht mal widerlegt: Dass die Verkehrswende „das vorherrschende Thema in der Verkehrsabteilung“ des Ministeriums ist (!) und dass sich diese Abteilung zusammen mit der Landesnahverkehrsgesellschaft „seit vielen Jahren auch mit der Reaktivierung von Schienenstrecken befasst“ (!), dürfte doch wohl eine Selbstverständlichkeit sein und wurde entsprechend gar nicht infrage gestellt.

Auch hat niemand behauptet, dass das letzte Bewertungsverfahren, bei dem „eine Vielzahl möglicher Strecken“ zeitaufwendig und für reichlich Steuergeld untersucht wurden, intransparent gewesen sei. Die Umsetzung und das jammervolle Ergebnis sind es, was kritisiert wird. Und zwar zu Recht! Mickrige 42 Kilometer wurden am Ende wieder in Betrieb genommen. Das als Erfolg abzufeiern, fällt schon schwer. Das Hauptproblem lag dabei selbstverständlich in der Anwendung eines für den ländlichen Raum völlig ungeeigneten Bewertungsrahmens. Und es ist gut und richtig, dass dieser nun endlich vom Bund überarbeitet wird.

Aber das bedeutet eben nicht, dass das Land nun abwarten sollte, was dabei rauskommt und bis dahin nichts unternimmt. Was Althusmann damit meint, wenn er sagt, dass sein Haus „derzeit die Entwicklung alternativer Bewertungsverfahren und eine Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Untersuchungsmethode prüft und begleitet“, wird jedenfalls nicht näher erläutert und klingt sehr nach Politik-Floskel.

Und ob eine breite Abstimmung mit anderen Bundesländern da hilfreich ist, lasse ich mal dahingestellt. In meinen Augen wäre es sinnvoller, wenn die Kommunen zu Wort kämen und ihre sehr eigenen Bedürfnisse dem Land mitteilen. Die kennen nämlich die Gegebenheiten vor Ort am besten. Die wissen auch, was getan werden muss, damit eine Bahnstrecke attraktiv ist, angenommen wird und möglichst wirtschaftlich betrieben werden kann. Insofern wäre ein Bewertungskriterium „Lokale Bedürfnisse und Besonderheiten“ eine kreative Idee.

Übrigens: Das Gehalt von Ministern wird auch aus Steuergeldern bezahlt.